

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN,
LIEBE LESER,**

die Bilder, die uns tagtäglich aus der Ukraine erreichen, sind kaum zu ertragen. Der brutale Angriffskrieg Putins tritt das Völkerrecht mit Füßen, seine Truppen töten gezielt Zivilistinnen sowie Zivilisten und wollen die Friedensordnung Europas nachhaltig zerstören.

Die von Bundeskanzler Olaf Scholz ausgerufene Zeitenwende in der internationalen Politik erfordert konsequentes Handeln. Deutschland hat mehrere große Sanktionspakete beschlossen und beteiligt sich in enger Abstimmung mit seinen Partnern an umfangreichen Waffenlieferungen an die Ukraine.

Seit Kriegsbeginn haben bereits 50.000 Geflüchtete Schutz in Niedersachsen gefunden, rund die Hälfte von ihnen sind Kinder und Jugendliche. Ihnen allen bietet unsere Gesellschaft ein sicheres Zuhause, Versorgung und Bildung – diese Solidarität werden wir in den nächsten Monaten weiter leben.

Ihre Fraktionsvorsitzende


Johanne Modder

BILDUNG FÜR UKRAINISCHE KINDER UND JUGENDLICHE

NIEDERSACHSEN schafft kurzfristig Plätze für Betreuung und Schulunterricht

Von Daniel Voigt

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine wütet mittlerweile seit über zwei Monaten. Hunderttausende Familien mussten seit Kriegsbeginn ihre Heimat verlassen. Während die Väter meist zum Militärdienst eingezogen werden, finden Frauen und Kinder in Europa Zuflucht. Viele auch in Niedersachsen.

»Wir wollen den ukrainischen Geflüchteten neben Schutz auch einen gewissen Alltag bieten. Für die meisten Familien ist dabei Bildung ein ganz wichtiges Thema«, berichtet Stefan Politze, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. »In Niedersachsen haben wir bereits frühzeitig Maßnahmen eingeleitet, um allen geflüchteten Kindern und Jugendlichen schnellstmöglich eine Kitabetreuung oder Schulunterricht anbieten zu können.«

Inzwischen sind in Niedersachsen rund 7.500 ukrainische Schülerinnen und Schüler registriert, für die die allgemeine Schulpflicht gilt. Neben dem normalen Schulunterricht können diese auch Sprach- und Integrationskurse in ukrainischer Sprache besuchen. Zudem können sich zeitnah ukrainische pädagogische Fachkräfte für eine Beschäftigung im Schuldienst registrieren. »Sofern die Herkunftsschule in der



Ukraine Online-Unterricht anbietet, können die Kinder und Jugendlichen auch darüber ihre Schulpflicht erfüllen«, betont Politze.

Neben der schulischen Versorgung schafft das Land kurzfristig auch zusätzliche Betreuungsplätze für Kinder im Vorschulalter. »Hier arbeiten wir daran, unbürokratisch überbrückungsweise bis zu 50.000 zusätzliche Plätze anbieten zu können, etwa durch die Nutzung von größeren, kindgerechten Räumen wie

Gemeindesälen oder die kurzzeitige Aussetzung von Standards, um in bestehenden Gruppen ein Kind mehr zu betreuen«, schildert der Bildungsexperte.

»Die gesamte Gesellschaft hat in kurzer Zeit eine beachtliche Kraftanstrengung unternommen, um den ukrainischen Geflüchteten in diesen grausamen Wochen solidarisch zur Seite zu stehen. Ich bin allen Bürgerinnen und Bürgern dankbar, die mit viel Engagement dabei mithelfen«, so Politze. ■

NEUES KLIMAGESETZ SETZT EHRGEIZIGE ZIELE

Ausgetrocknete Äcker im Sommer, schneefreie Rodelpisten im Winter – die Folgen des Klimawandels sind nicht nur in Niedersachsen schon seit längerem spürbar und sichtbar. Um die Erwärmung der Erde möglichst unter 1,5 Grad zu halten und nachfolgenden Generationen einen intakten Planeten zu hinterlassen, muss jede und jeder einen Beitrag leisten.

»Deswegen haben wir im Dezember 2020 das Niedersächsische Klimagesetz verabschiedet. Mit einer Milliarde Euro

fördern wir seitdem den Ausbau Erneuerbarer Energien, die Gebäudesanierung und eine klimafreundliche Mobilität«, erklärt Marcus Bosse, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion. »Im Lichte der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts im vergangenen Jahr – nach der die bisherigen Klimaschutz-Ziele des Bundes nicht ausreichend waren – wollen wir auch unsere Ziele und Maßnahmen nochmals konkretisieren und verschärfen.« Das überarbeitete Gesetz soll im Sommer verabschiedet werden.

Konkret soll Niedersachsen bereits 2045 klimaneutral sein, schon 2030 sollen 65 Prozent weniger schädliche Treibhausgase ausgestoßen werden als im Vergleichsjahr 1990. »Das wollen wir unter anderem mit einer Solaranlagen-Pflicht auf allen Neubauten und landeseigenen Dächern erreichen«, so der SPD-Umweltexperte.

Neben der Sonnenenergie will die Landesregierung mit dem neuen Klimagesetz auch Windkraft und grünen Was-

Fortsetzung auf Seite 2

Fortsetzung von Seite 1

serstoff deutlich ausbauen, betont Bosse: »Wir wollen 2,1 Prozent unserer Landesfläche für Windenergie nutzen und den Klimaschutz als Pflichtaufgabe bei den Kommunen etablieren. Finanzielle Unterstützung erhalten die Bürger:innen

und Kommunen durch einen neu aufgelegten Klimafonds.«

»Wir wissen, dass die Maßnahmen gegen den Klimawandel der Gesellschaft viel abverlangen. Aber es lohnt sich. Jetzt entschlossen zu reagieren, ist ökologisch, sozial und finanziell um ein Vielfaches

besser, als in wenigen Jahrzehnten enorme Summen in den Umgang mit einer zerstörten Umwelt investieren zu müssen. Zudem bieten die neuen Industrien, die um die Erneuerbaren Energien entstehen, große Potenziale für unsere Wirtschaft«, so Bosse. ■

VERBRAUCHERSCHUTZ BEI IMPORTIERTEM HONIG SICHERN



Foto: Envato/Shutterstock

Ob auf dem Frühstücksbrötchen oder im Ostfriesen-Tee: Honig erfreut sich in Deutschland und Niedersachsen großer Beliebtheit. Rund ein Kilogramm des Naturprodukts verzehrt jede:r Bundesbürger:in pro Jahr. Obwohl seit einigen Jahren immer mehr Menschen die Imkerei als Hobby entdeckt haben, können nur rund 30 Prozent

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag
Verantwortlich: René Kopka, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen
Mitarbeiter an dieser Ausgabe: Eva Güntzel, Julia Franz, Daniel Voigt
Redaktionsschluss: 28. April 2022
Redaktion: Daniel Voigt, daniel.voigt@lt.niedersachsen.de
Anschrift: Hannah-Arendt-Platz 1, 30159 Hannover
 spd-fraktion-niedersachsen.de
Layout & Satz: Anette Gilke

des Bedarfs durch deutsche Bienenvölker abgedeckt werden. Der große Rest muss aus Ländern innerhalb oder außerhalb der EU importiert werden.

»Die Qualität der außereuropäischen Importe schwankt jedoch gewaltig«, berichtet Philipp Raulfs, Verbraucherschutzpolitiker der SPD-Landtagsfraktion. »Expertinnen und Experten gehen beispielsweise davon aus, dass rund ein Drittel des aus China importierten Honigs gefälscht oder gepanscht ist. Bei einigen anderen Ländern sehen die Schätzungen ähnlich aus.«

Für Verbraucherinnen und Verbraucher ist es sehr schwer, hier die Spreu vom Honig zu trennen, meint Raulfs: »Bei Honigmischungen müssen die jeweiligen Herkunftsländer nicht einzeln aufgelistet

werden. Die globale Formulierung ‚Mischung aus EU- und Nicht-EU-Ländern‘ genügt nach aktuellem EU-Recht.«

Das ist für Konsument:innen und Produzierende besonders ärgerlich, da in Niedersachsen hohe Standards für die Honigerstellung gelten, betont der Verbraucherschutzexperte: »Wir haben im vergangenen Jahr die niedersächsische Erzeugung durch die Einführung eines Imkerführerscheins gesichert, mit dem die Bienehaltenden ihre Fachkunde nachweisen müssen. Daher setzen wir uns auch bei Importhonig für Verbraucherschutz ein.« Die Bundesebene solle strengere Kontrollen und klare Herkunftsangaben bei Mischhonigen entwickeln sowie härtere Strafen bei Lebensmittelfälschungen und falscher Deklaration beschließen. ■